

Pflegekosten: Immer mehr Wolfsburger auf Sozialhilfe angewiesen

Steigende Eigenanteile trotz Reform – Kosten für Stadt summieren sich 2023 auf 5,9 Millionen Euro

VON CHRISTIAN OPEL

Wolfsburg. Knapp 2.800 Euro im Schnitt müssen Pflegebedürftige in Wolfsburg zahlen, wenn sie einen Heimplatz bei Pflegegrad 3 benötigen. Immer weniger Menschen können dabei den Eigenanteil aus eigener Tasche bezahlen und sind auf Sozialleistungen angewiesen, was wiederum die Kasse der Kommune belastet. Die Ausgaben bei der Sozialhilfe für die Pflege sind in Wolfsburg in den vergangenen Jahren massiv gestiegen auf inzwischen 5,9 Millionen Euro im Jahr 2023. Im Jahr 2017 waren es noch rund 3,3 Millionen Euro.

Die Zahl der auf Sozialhilfe angewiesenen Heimbewohner kletterte im gleichen Zeitraum um 248 auf 422. Von insgesamt 1270 Plätzen leistete die Stadt bei 422 „Hilfe zur Pflege“, das entspricht etwa einem Drittel. Hinzu kommen Sozialleistungen für jene, die in ambulanter Pflege betreut werden.

Eigenanteil im ersten Jahr bei 2.783 Euro

Eine Vorlage der Verwaltung für den städtischen Gesundheitsausschuss zeigt, wie sich die durchschnittlichen Kosten für einen Heimplatz bei Pflegegrad 3 entwickelt haben. Betrugten diese 2017 noch 2.859 Euro, stieg dieser Wert im Jahr 2023 auf 3.736 Euro und Stand Juli 2024 auf 4.045 Euro, macht allein im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung von gut acht Prozent. Davon müssen die Bewohner 2.783 Euro selbst zahlen.

Im Heim betreute Pflegebedürftige sollten nach einer 2022 in Kraft getretenen Reform des Bundes eigentlich bei den Kosten entlastet werden. Seitdem zahlen die Pflegekassen Heimbewohnern der Pflegegrade 2 bis 5 Entlastungszuschläge zu den anfallenden Pflegekosten, die sich nach der Dauer des Aufenthalts in den Einrichtungen richten. Trotzdem sind die von den Heimbewohnern aus eigener Tasche zu leistenden Kosten erneut deutlich gestiegen.

Entlastung bei längerem Aufenthalt im Pflegeheim

Im Beispiel der Pflegestufe 3 leistet die Pflegeversicherung zum Pflegeentgelt aktuell einen Beitrag von 1.262 Euro, der Anteil der Bewohnerin oder des Bewohners liegt bei 1.450 Euro. Aus eigener Tasche müssen die Pflegebedürftigen in diesem Beispiel außerdem 623 Euro Kosten der Unterkunft zahlen, weitere 184 Euro für Verpflegung und 526 Euro Investitionskosten inklusive Instandhaltungskosten. Sind sie

finanziell nicht in der Lage, springt die Sozialhilfe ein.

Bei längerem Aufenthalt im Pflegeheim sinkt die finanzielle Belastung. Während der Anteil der Bewohner für Unterkunft, Verpflegung und Investitionskosten gleich bleibt, sinkt der Eigenanteil am Pflegeentgelt ab dem ersten Jahr auf 1.233 Euro, im zweiten auf 1.015 Euro, im dritten auf 725 Euro und ab dem vierten auf 363 Euro. Insgesamt müssen die Pflegeheimbewohner dann immer noch 1.696 Euro selbst finanzieren.

Pflegekosten in Wolfsburg unter Bundesdurchschnitt

Da tröstet es nur wenig, dass laut der von der Stadtverwaltung aufgestellten Statistik der Eigenanteil an den Heimkosten in Wolfsburg mit den 2.783 Euro rund zehn Prozent unter dem Bundesdurchschnitt von 3.123 Euro liegt. Auf Niedersachsen betrachtet liegen die Bewohnerkosten bei 2.747 Euro. Und diese Kosten werden voraussichtlich weiter steigen, neben Kosten für Unterkunft und Verpflegung steigen die Lohnkosten für das Personal.

Durchschnittslöhne in der Pflege steigen

Die durchschnittlichen Stundenlöhne erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 8,8 Prozent auf 22,60 Euro, wie der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen mitteilte, der auch die Pflegekassen vertritt. Verbandschefin Doris Pfeiffer sagte: „Die höheren Durchschnittslöhne in der Altenpflege zeigen, dass sich Pflegekräfte insgesamt auf eine faire Bezahlung verlassen können.“ Grund für den Anstieg sei die Anbindung der durchschnittlichen Entlohnung an die Entwicklung der Tariflöhne. Die Kehrseite der Medaille sei aber, dass sich höhere Löhne oftmals auf die Eigenanteile der Pflegebedürftigen auswirkten. „Die Politik muss hier endlich Wege aufzeigen, um die steigende Belastung der Pflegebedürftigen wirksam zu begrenzen.“

Stiftung Patientenschutz fordert Entlastung

Seit September 2022 darf es Versorgungsverträge der Pflegekassen nur noch mit Heimen geben, die nach Tarif oder ähnlich zahlen. Wie der Verband mitteilte, enthielten zahlreiche Tarifverträge zwischen 2023 und 2024 Lohnerhöhungen, die über Steigerungen der Vorjahre hinausgehen. Für Pflegehilfskräfte ohne Ausbildung liege der Durchschnittslohn künftig bei 19,26 Euro pro Stunde. Der Durch-

schnittslohn für Pflegefachkräfte steige um 9,2 Prozent auf 25,93 Euro. Ausgewertet wurden 11.000 Meldungen tarifgebundener Pflegeeinrichtungen.

Die Deutsche Stiftung Patientenschutz mahnte ebenfalls Entlastungen bei den Zuzahlungen aus eigener Tasche für Pflegebedürftige an. „Es ist wichtig und richtig, die Pflegekräfte angemessen zu entlohnen“, sagte Vorstand Eugen Brysch. Schon jetzt seien immer mehr Pflegebedürftige aber nicht mehr in der Lage, die Zeche dafür zu zahlen. Er forderte die Bundesregierung auf, ein angekündigtes zukunftsfähiges Pflegegesetz in wenigen Wochen zu liefern.



Blick in ein Pflegeheim: Die Belastung der Wolfsburger Stadtkasse durch Sozialhilfe für Heimbewohner ist stark gestiegen.

FOTO: MARIJAN MURAT

JETZT ONLINE: NEUE FOLGE, NEUER YOUTUBE-KANAL

GESUND GEHÖRT

**EUER VIDEOPODCAST
RUND UM DAS THEMA GESUNDHEIT**

RICHTIG MIT TRAUER UMGEHEN

ARLETT DÜKER & NAIEL ARAFAT



**Jetzt auf unserem
neuen YouTube-Kanal
ansehen!**

[www.youtube.com/
@gesundgehoert](http://www.youtube.com/@gesundgehoert)

Mehr Infos:
www.paz-online.de/gesundgehoert

powered by



ApoStore